

niz treffen werde. Das Ministerium ging dabei von der Ansicht aus, daß die Stadt Chemnitz zur Errichtung dieses Gymnasiums jedenfalls beizutragen haben würde, wie ja alle Städte in Sachsen, welche ihre Gymnasien der Regierung zur Verwaltung überlassen, sehr ansehnliche Beiträge zur Unterhaltung dieser Anstalten geben. Ganz billig schien es dem Ministerium, von der Stadt Chemnitz zunächst den Bauplatz zu verlangen, da sie das ehemalige Lycealgebäude eingezogen und für ihre Zwecke verwendet hat; ferner glaubte man billigerweise verlangen zu können, daß sie die Stiftungen, welche für die ersten drei Lehrer an dem Lyceum bestimmt gewesen waren, dem neuen Gymnasium überweise, zumal sie durch Errichtung desselben von dem Aufwande befreit würde, den ihr das Progymnasium verursacht und welches sie bis jetzt von diesen Stiftungen unterhalten hat. Die Stadt Chemnitz weigerte sich aber anfangs, irgend einen Beitrag zu dem neuen Gymnasium zu leisten, später bot sie eine Summe von 5000 Thlr. an. Da aber das Ministerium diese nicht sofort annahm, so zog sie auch dieses Anerbieten wiederum zurück. Die Stiftungsbeiträge, die dabei in Frage kamen, welche das frühere Lyceum gehabt hatte, beliefen sich nach einer im Jahre 1835 aufgestellten Berechnung auf jährlich 700 Thlr.; sie sind aber jetzt jedenfalls von größerer Bedeutung, nachdem die Feldgrundstücke, welche dem Lyceum gehörten, als Baustellen verkauft worden sind und jedenfalls der Stadt Chemnitz einen sehr bedeutenden Erlös geliefert haben. Die geehrte Deputation hat insoweit mit dem Ministerium sich einverstanden erklärt, als von der Stadt Chemnitz ein Bauplatz für das Gymnasium verlangt werden soll; will aber von der Rückgabe der Stiftungsgelder an das Gymnasium absehen. Damit würde auch das Ministerium sich einverstanden erklären; aber einen Bauplatz muß es unbedingt von der Stadt Chemnitz verlangen, wenn dort eine solche Anstalt auf Staatskosten hergestellt wird, da diese der Stadt wesentliche Vortheile bringt. Wenn man geltend machen will, daß vorzugsweise in Chemnitz ein Gymnasium errichtet werden müsse, so gesteht man damit zu, daß eine solche Anstalt dieser Stadt ein Bedürfnis ist. Dann muß die Stadt Chemnitz aber auch zu den Kosten beitragen; sie soll dies schon den Vortheilen gegenüber, die sie von der Einziehung des Lyceums gezogen hat.

Abg. Ludwig: Meine Herren! Nicht etwa, weil ich ein Chemnitzer bin, sondern weil ich mich für die Entwicklung des Volksschulwesens interessire, stimme ich für die Position, nur aus anderem Beweggrunde, als seitens der Deputation geschehen ist. Ich gestehe ganz offen, es nimmt mich jederzeit Wunder, wenn man bei Errichtung einer Schule, sei es einer Real- oder Gelehrtenschule, diejenige Stadt vorzugsweise in den Vordergrund stellt, in welcher die Schule errichtet werden soll, und immer wieder hervorhebt, daß aller Vortheil ihr zu Gute komme und nicht der

Allgemeinheit. Wenn man eine Schule errichtet, es mag an einem Orte sein, wo es will, so ist es nicht der Ort allein, der speciell davon „profitirt“, sondern es ist das allgemeine Interesse, welches verlangt, daß nach und nach derartige Schulen mehr geschaffen werden, als jetzt dagewesen sind. Sehen Sie sich in den Nachbarstaaten, ich will durchaus nicht einen oder den anderen nennen, um so finden Sie, daß Sachsen speciell in dieser Beziehung mit vielen durchaus nicht concurriren kann; daß anderwärts die Gymnasien weit mehr gepflegt werden, als bei uns, und daß, gestützt auf die Anforderungen der Zeit, Gymnasien überall ins Leben gerufen werden. Daß den einzelnen Städten dafür so außerordentliche Opfer auferlegt werden, wie im Deputationsberichte geschehen, wie von der Staatsregierung gefordert zu werden scheinen, das scheint mir nicht im Interesse der Sache selbst zu liegen. Meine Herren! Es ist leicht gesagt, wenn ich speciell von Chemnitz spreche, die Stadt Chemnitz müsse einen Bauplatz schaffen, um ein Gymnasium zu errichten; es muß aber auch ein solcher Bauplatz zu ihrer Disposition sein, und wenn man einen solchen Bauplatz, weil man einen solchen nicht vorräthig hat, auch anschaffen wollte, so ist nicht von 5-, 10- oder 15,000 Thlr. die Rede, die ein solcher Bauplatz kosten würde, sondern es würde sich, je nach der Wahl des Platzes, um eine Summe von 40-, 50-, ja 60,000 Thlr. handeln können. (Who!)

Der Unterschied zwischen kleinen Städten und Städten, wie Chemnitz, wo die Stadt als solche derartige Plätze nicht hat, ist allbekannt; da muß den Verhältnissen Rechnung getragen werden. Uebrigens wird die Schule nicht für die Stadt Chemnitz allein, auch nicht für das höhere Erzgebirge gebaut, sondern für das gesammte Vaterland, und da darf man nicht darnach fragen, ob es gerade die eine oder die andere Stadt ist, in welche die Schule gelegt wird. Im Uebrigen darf man auch Chemnitz durchaus nicht mit anderen Städten, so zu sagen, „in einen Topf werfen“. Chemnitz hat zu Zeiten, wo die anderen Landestheile sich wohlbefunden haben, genug gelitten und hat Tausende und Abertausende von Thalern zur Unterstützung Derjenigen geben müssen, denen die Arbeit durch die Zeitverhältnisse entzogen war und deren man sich, wenn die Geschäfte gut gehen, gar oft mit Stolz als die Zierde Sachsens erinnert; wir haben nicht geklagt, wenn es gegolten hat, diese Leute zu unterstützen, deren ganzer Lebenszweck Arbeit ist. Ich sollte daher meinen, daß man auch diesen Verhältnissen einige Beachtung schenken sollte. Deswegen möchte ich auch glauben, daß ein Beitrag zur Errichtung des Gymnasiums von 10,000 Thlr. vollständig genügt und daß dadurch einigermaßen das Verhältniß gewahrt wird zwischen Dem, was der Staat als „Unternehmer“ giebt, und Dem, was die Stadt als „Beitrag“ geben soll. Meine Herren! Ich verwahre mich entschieden dagegen, daß man immer und immer die Stadt als solche